

Allgemeine Anträge

Antrag: A 55

Beschluss des Landesparteitages: Annahme

Thema: Transparenz in Personalfragen – demokratische Beteiligung auch für Spitzenfunktionen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Parteivorstand wird gebeten, in seiner Satzungskommission ein Verfahren auszuarbeiten und beim Bundesparteitag zur Abstimmung zu bringen, das eine größere Transparenz und Willensbildung von unten nach oben bei Personalentscheidungen zu Parteifunktionen auf Bundesebene ermöglicht.

Möglich wäre dabei auch eine Festlegung, dass der Parteivorstand selbst zu seiner eigenen Wahl nicht nominierungsberechtigt ist.

Die SPD spricht sich weiterhin für eine Kommunikationsweise aus, in der sich Spitzenfunktionär/innen wieder mehr Zeit für die Partei vor Ort nehmen. Dazu gehört auch, dass Gastredner/innen auf Landes- und Unterbezirksparteitagen sich einer Debatte stellen und nicht im Grußwort-Stil an- und wieder abreisen und die Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten der Mitglieder des Parteivorstands für die Mitgliedschaft transparent gemacht werden. Dazu würden auch personalisierte (schriftliche) Rechenschaftsberichte gehören.

Votum: in geänderter Fassung mehrheitlich angenommen